

Die Weltwirtschaftskrise – zwischen Beunruhigung und Gelassenheit

Vom 25. bis 27. September 2009 fand die Jahrestagung des Komitee für Grundrechte und Demokratie in Bonn statt. Es hatte dazu eingeladen, sich über Ursachen und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu informieren und über mögliche alternative Auswege aus der Krise zu debattieren.

Eröffnet wurde die Tagung, an der rund 35 Personen aus dem Komiteeumfeld teilnahmen, mit dem Hinweis auf die Unwirklichkeit der Weltwirtschaftskrise, auf ihr Verschwinden im gesellschaftlichen Alltag. Vor den Abgründen, die sich in der Krise auftäten, stehe man in Deutschland noch mit großer Gelassenheit. Von gesellschaftlicher Unruhe sei jedenfalls am Vorabend der Bundestagswahl nichts zu verspüren.

Nicht nur eine Finanzkrise ... die Dauerkrise in den Ländern des Südens

Elmar Altvater, der fünfunddreißig Jahre politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin lehrte, sezierte die Krise in ihren verschiedenen Dimensionen, angefangen von der Klimakrise über die Hungerkrise bis zur Finanzkrise. Es handele sich dabei um eine umfassende Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: das kapitalistische Produktions- und Konsumptionsmodell stoße an seine sozialen und ökologischen Grenzen. Mit dieser Analyseskizze stimmten die anderen Referentinnen weitgehend überein. Werner Rätz vom globalisierungskritischen Netzwerk attac erläuterte, die Krise sei zwar durch das Platzen der Immobilienblase in den USA ausgelöst worden, ihr struktureller Kern bestehe aber darin, dass das Kapital keine profita-

ble Verwertung in den produktiven Sektoren finde, nicht mehr investiere (Überakkumulation) und deshalb die Flucht in die Finanzspekulation angetreten habe. Die Sozialwissenschaftlerin Christa Wichterich und Danuta Sacher von terre des hommes, die über die Krisenauswirkungen in den Ländern des Südens referierten, unterstrichen eindringlich, dass sich die Länder des Südens in einer Dauerkrise befänden, die aus einem Konglomerat diverser Krisen bestünde: Der Krise sozialer Reproduktion (Nahrungsmittel, Einkommen) und der der ökologischen Regeneration (Klimaauswirkungen). Diese Dauerkrise werde durch die aktuelle Krise noch verschärft. In den kapitalistischen Metropolen werde hingegen die Aufmerksamkeit vor allem auf den drohenden Finanzmarktkollaps gelegt.

Annäherungen an die Ursachen ...

Ausgangspunkt der aktuellen Krise sei, so Elmar Altvater, die Verselbstständigung der Finanzsphäre im Zuge der kapitalistisch betriebenen „Deregulierung der Finanzmärkte“. Der Finanzsektor generiere – u.a. durch die Verbriefung von Hypothekenkrediten, durch kreditfinanzierte Finanzspekulationen – immer neue Forderungen. Diese aus der Finanzsphäre erwachsenen Renditeforderungen könnten aber nur noch durch eine „Ökonomie der Enteignung“ befriedigt werden. Aus den im Produktionsprozess erwirtschafteten Überschüssen können dieselben nicht mehr bedient werden. So hat



Einladung zur Mitgliederversammlung

Samstag, 28. November 2009, 11.00 bis 17.00 Uhr in Frankfurt, Saal der ESG, Campus Westend, Siolistraße 7

Zu Beginn steht das Thema "Demonstrationsrecht - das umkämpfte demokratische Ur-Recht" im Mittelpunkt (von 11.00 bis 13.30 Uhr). Carsten Gericke, Rechtsanwalt und Geschäftsführer beim Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), wird über gegenwärtige Entwicklungen und Erfahrungen berichten. Elke Steven wird ergänzend über polizeiliche Strategien gegen Demonstrationen sprechen.

Nach einem kleinen Mittagessen folgen Berichte aus der Komitee-Arbeit, Diskussion von Perspektiven und Wahlen der Gremien.

Gerne kann die Einladung mit Tagesordnung und Wegbeschreibung im Komitee-Sekretariat angefordert werden.



© Gottfried Müller

eine globale Umverteilung stattgefunden: vom Süden in den Norden, von Einkünften aus Arbeit zu den Kapitaleignern und Geldvermögensbesitzern. Die Krise finde ihren Ausdruck u.a. sowohl im deutschen Handelsbilanzüberschuss (Export) als auch in der negativen Lohnentwicklung (zu geringe Binnennachfrage), ergänzte Werner Rätz. Die Schere zwischen Armen und Reichen geht nachweislich weltweit immer weiter auseinander.

Christa Wichterich und Danuta Sacher zeigten exemplarisch wie im kapitalistischen Expansionsboom der vorausgegangenen Jahre immer mehr Märkte des Südens einverleibt wurden. Dabei sei die Landwirtschaft industrialisiert, kommerzialisiert und finanziert worden. Die Ernährungssicherheit der Menschen werde auf den Weltmarkt verschoben (dem entspricht eine Verschiebung vom Prinzip lokaler Selbstversorgung zur Profitlogik). In der kapitalistischen Logik würden dabei die weiblichen Reproduktionsleistungen und die Selbstregeneration der Umwelt als kostenfreie Faktoren vorausgesetzt.

Krise der Demokratie

Der Politologe Wolf-Dieter Narr, Mitbegründer des Komitee für Grundrechte und Demokratie, teilte die ökonomischen Analysen weitgehend und merkte an, dass bei den tiefgreifenden Krisen, die die Welt

derzeit erschütterten, die Krise der Politik und der Demokratie bislang kaum Aufmerksamkeit erhalten habe. Man trenne Politik und Ökonomie. Die Krise werde politisch zum Legitimationsmittel. Mit der Krisenpanik würden Geschäfte gemacht. In der Krise werde dagegen die kapitalistische Struktur der Ungleichheit sichtbar. Das hat den Auf- und Ausbau des staatlichen Akzeptanz- und Sicherheitsmanagements zufolge, denn der Staat müsse diese Ungleichheitsstruktur der kapitalistischen Ökonomie global erhalten. Politik agiere vor allem symbolisch (Managergehälter). Der Staat mit seinem Steuererhebungsmonopol wie auch die Wirtschaft seien im Interesse an „Wachstum/Profit“ eng verbunden. Ihre Herrschaftsausübung folge einer gleichgerichteten Logik (homolog): der Rationalität der Abstraktion. In der Abstraktion globaler Märkte und der davon abhängigen Politik werde die Dissoziation fördernde Herrschaft versachlicht und biete Identifikationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, die die politischen und ökonomischen Sachzwänge nur noch hinnehmen könnten.

Debatten um Alternativen

Die Frage nach Alternativen zu einem auf permanentes Wachstum geeichtes und naturverbrauchendes Wirtschaftsmodell begleitete die

Tagung die ganze Zeit über und förderte intensive und lebendige Debatten. Während im globalen Süden zahlreiche Initiativen, ausgehend von den Menschenrechtsnormen, sich der Kommodifizierung („des zur Ware Werdens“) des Lebens (wie bspw. Nahrung, Wasser, Boden) widersetzen, blieben die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Metropolen bislang noch politisch folgenlos. Es komme darauf an, so könnte man einen Strang der Diskussion zusammenfassen, immer mehr Lebensbereiche aus dem kapitalistischen Kreislauf herauszunehmen und wiederanzueignen, selbstbewusst den Widerstand an einzelnen Punkten, die eine Vermittlung zu den größeren, komplexeren Dimensionen erlaubten, voranzutreiben und zuzuspitzen. Es müsse immer wieder versucht werden, sektorenübergreifende Mobilisierungspunkte gegen die Reorganisation kapitalistischer Verhältnisse in der Krise zu finden. Inwieweit das gelingen kann, darüber bestand keine Einigkeit, denn das Gesellschaftssystem besitze trotz eines Anteils von über sieben Millionen „Ausgeschlossenen“ eine immer noch sehr große Stabilität und Bindungskraft. Wolf-Dieter Narr merkte dazu sinngemäß an: Statt auf die Zirkulation der Machteliten zu starren, sei die Arbeit an einer Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit in der „Ekstase des aufrechten Ganges“ (Ernst Bloch) nötig.

Der Vorbereitungsreader zur Tagung, teils mit Texten der Referent/inn/en, kann noch im Komiteesekretariat gegen einen Unkostenbeitrag von 5,- € angefordert werden.

Dirk Vogelskamp

Relaunch unserer Homepage

Nach vielen Jahren haben wir unseren Internetauftritt überarbeitet - die Seite übersichtlicher, ansprechender, lesefreudiger gestaltet. Ein Besuch lohnt sich!

Gerne nehmen wir Sie in unseren email-Verteiler auf.

Elke Steven



© Gottfried Müller

Den Mut zu sozialen Protesten mit alternativen Konzepten kombinieren!

Eine Erklärung von Aktiven aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Wissenschaft und Kultur anlässlich der Bundestagswahl 2009 mit diesem Titel kann im Kölner Sekretariat bestellt werden.

Auszug:

Die neue Bundesregierung wird es an Eindeutigkeit nicht fehlen lassen. Die bisherige Logik von Ökonomie und Politik wird bruchlos fortgesetzt, die Krisenverursacher werden geschützt und die Folgen der Krise werden brutal auf die Menschen abgewälzt. Nach dem wattlebauschigen Slogan „In schwierigen Zeiten in guten Merkel-Händen“ wird jetzt die Rechnung für die Menschen auf der Schattenseite präsentiert. Aber Eindeutigkeit schafft Polarisierung, macht – so hoffen wir – auch Mut und Wut, sich dieser Form der Krisenbewältigung zu widersetzen. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir gemeinsam mit den Menschen Widerstand in unterschiedlichen Protestformen in Gang setzen wollen. Ein tragfähiges Bündnis von sozial orientierten Menschen aus allen gesellschaftlichen Zusammenhängen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften der neuen Beweglichkeit ist dringend angesagt.

Reclaim your data

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie beteiligte sich daran, die europaweite Kampagne gegen den polizeilichen Datenhunger anzustoßen.

Mit einer Veranstaltung im Berliner „Haus der Demokratie“ starteten Bürgerrechtsgruppen am 1. Oktober 2009 die Kampagne „Nimm dir dein Recht im Europa der Polizeien, hol dir deine Daten zurück!“. Mehr als 40 Gruppen aus 11 europäischen Ländern rufen dazu auf, das Recht auf Auskunft wahrzunehmen und bei den Polizeibehörden anzufragen, welche Daten zur eigenen Person gespeichert sind. Hintergrund des Aufrufs ist das so genannte Stockholmer Programm, der neue Fünf-Jahresplan für die Innen- und Rechtspolitik der EU, den die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfeltreffen am 11. und 12. Dezember förmlich verabschieden wollen. Bereits heute sind Millionen von Menschen in zentralen polizeilichen Datenbanken der EU gespeichert. Allein das Schengener Informationssystem (SIS) enthält rund eine Million Personendatensätze, von denen rund 90 Prozent Nicht-EU-Staatsangehörige betreffen, die an der Einreise in den europäischen Wohlstandsraum gehindert oder daraus abgeschoben werden sollen. Neben zentralen Datenbanken wie dem SIS oder dem Europol-Informationssystem bemühen sich die Innenminister der EU, die Informationssysteme der nationalen Polizeien und Geheimdienste weiter zu vernetzen. Für die Fußball-Europa-Meisterschaft lieferte das BKA fast den gesamten Inhalt der Datei „Gewalttäter Sport“ an die Schweiz und Österreich. Anlässlich des Nato-Gipfels in diesem Frühjahr speicherte das BKA Hunderte Datensätze aus anderen EU-Staaten in der Datei „Gewalttäter links“. Ein- oder Ausreiseperrn und ande-

re polizeiliche Zwangsmaßnahmen zeigen, dass solche Informationen nicht harmlos sind. Die Standards des grenzüberschreitenden Datenschutzes bewegen sich dagegen auf minimalem Niveau. Das Stockholmer Programm sieht einen weiteren Ausbau dieses freien Binnenmarktes für Polizeidaten vor.

Mit der Kampagne wollen die beteiligten Gruppen zum einen kritische Öffentlichkeitsarbeit leisten. Zum anderen sollen mithilfe der Antworten auf die Auskunftersuchen Einsichten in die Praktiken des grenzüberschreitenden Informationsaustausches gewonnen werden. Nicht zuletzt gilt es, Betroffene bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Berichtigung oder Löschung unzulässig gespeicherter Daten zu unterstützen und Rechtsbeistand zu vermitteln. Zentrales Instrument der Kampagne ist ein „Auskunftersuchengenerator“, der nach Online-Eingabe der benötigten Angaben, automatisch ein versandfertiges Anschreiben generiert, das nur noch per Post an die jeweils verantwortlichen Polizeibehörden geschickt werden muss. Bislang existiert die automatisierte Variante allerdings nur für die deutschsprachigen Länder. Die nächste Hürde wird daher sein, die Kampagne durch Anpassung an andere nationale Kontexte auf ein breiteres europäisches Fundament zu stellen.

Das Komitee ruft alle seine Mitglieder und SympathisantInnen auf, diesen „Generator“ zu nutzen, Freunde zum Mitmachen zu animieren und uns eine kurze Rückmeldung über die erhaltenen Antworten zu geben. Der Aufruf sowie ein link zum Auskunftsgenerator finden sich auf der Komiteehomepage (www.grundrechtekomitee.de/), die Website der Kampagne unter <http://euro-data.noblogs.org/>

Eric Töpfer/Heiner Busch

Afghanistan-Krieg: Protest gegen Mandatsverlängerung!

Der Bundestag wird voraussichtlich am 13.12.2009 erneut über eine Verlängerung und Aufstockung des Mandats für den Bundeswehreinsetzung in Afghanistan abstimmen. Wir rufen dazu auf, dieser Mandatsverlängerung mit Protesten entgegenzutreten.

Die Friedensbewegung plant verschiedene Aktionen und Veranstaltungen (Hinweise siehe www.friedenskooperative.de / Tel.: 0228-692904). Hier können auch Materialien bestellt werden. Es gibt u.a. ein aktualisiertes Flugblatt zur Mandatsverlängerung sowie das von Andreas Buro verfasste und neu aufgelegte Dossier IV „Der Afghanistan-Konflikt“, in dem neben einer Konfliktanalyse Alternativen zur Fortsetzung der Kriegspolitik aufgezeigt werden. Außerdem erscheint das Friedensforum Heft 6/2009 Ende November zum Schwerpunkt Afghanistan. Wir dokumentieren nachfolgend einen aktuellen Text von Andreas Buro, der sich zum Weitergeben eignet. Vorlagen für Flugblätter können im Komiteesekretariat bestellt werden.

Was kümmert Müllers der Hindukusch?

Am 11.9.2001 haben Al Quaida Terroristen zwei Passagierflugzeuge in die Twin-Towers des World Trade Centers in New York gesteuert und so über 3.000 Menschen ermordet. Die hoch komplexe Terroraktion wurde in den USA und Europa – nicht zuletzt in Deutschland – vorbereitet und in den USA ausgeführt.

Knapp einen Monat später, vor acht Jahren am 7. 10. 2001, begann vorwiegend die US-Armee im Bund mit Warlords und Opium-Baronen aus dem nicht-paschtunischen Norden Afghanistans den Krieg gegen die Taliban-Regierung in Kabul und stürzte diese schnell. Zur Erinnerung: Die Taliban, rigorose Islamisten, die sich vorwiegend auf das Mehrheitsvolk der Paschtunen stützen, waren zuvor mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes, geför-

dert durch die USA, an die Macht gekommen.

Inzwischen spielen die simplen Ausbildungsstätten von Al Quaida und die Organisation selbst in Afghanistan nur noch eine bescheidene Rolle. Der westliche Interventionskrieg wird vorwiegend gegen den afghanischen Widerstand geführt, der in unseren Medien unzutreffender Weise unter dem Sammelbegriff Taliban abgehandelt wird. Es sind viele unterschiedliche Gruppierungen, die den Widerstand tragen. Schließlich wird Afghanistan seit nunmehr fast 200 Jahren von den Kolonialmächten England und Russland, im Ost-West-Konflikt von grausamen Stellvertreterkriegen und nun erneut von USA und NATO mit Krieg überzogen. Nicht zuletzt deshalb ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Erde. Viele Menschen dort hungern.

Müllers fragen sich zu Recht, wie übrigens auch viele Generäle, was ist eigentlich das Ziel dieses Krieges?

Was hat er noch mit dem Angriff auf die Twin-Towers zu tun? Wird am Hindukusch tatsächlich unsere Freiheit verteidigt, wie ein ehemaliger deutscher Kriegsminister behauptete, während der deutsche Innenminister tatkräftig an der Einschränkung von Freiheitsrechten in Deutschland arbeitete? Führen wir wirklich diesen Krieg, um Afghanistan Demokratie zu bringen? Dazu arbeitet der Westen mit den vielen korrupten Warlords und Opiumbaronen zusammen, die in Kabul in gut gesicherten Supervillen wohnen und Regierungsämter bekleiden, aber sicher nichts mit Demokratie im Sinne haben. Müllers – und über 60% der Deutschen können das nicht begreifen – zu Recht! Die massiven Fälschungen bei den aktuellen Präsidentenwahlen werfen erneut ein Schlaglicht auf die Haltlosigkeit der westlichen Kriegsbegründung.



© Gottfried Müller

Was Müllers nicht wissen

Die Kriegspläne gegen Afghanistan waren längst vor dem 11.9.2001 in den USA ausgearbeitet worden.

Auch vor dem 11.9.2001 hatte man aus den USA den Taliban Verträge für den Bau von Pipelines vorgelegt. Diese erschienen der Regierung in Kabul so ungünstig, dass sie ablehnte. Daraufhin sollen hohe US-Repräsentanten gedroht haben: Ihr könnt einen Teppich aus Geld bekommen oder einen Bombenteppich.

Der mörderische Angriff auf die Twin-Towers ließ dann den westlichen Angriffskrieg auf Afghanistan für so manche berechtigt erscheinen, obwohl Kabul bereit war, Osama Bin Laden, das Oberhaupt von Al-Quaida, an ein internationales Gericht auszuliefern. Washington lehnte ab und forderte eine Auslieferung an die USA.

Doch Müllers verstehen noch immer nicht, warum die NATO dort weiter bombt

Acht Jahre Krieg haben den afghanischen Widerstand gestärkt. Politiker und Militärs sind ratlos und fürchten das Schlimmste. Noch mehr Militär fordert der kommandierende US-General. Die eigentlichen Ziele des

Krieges werden nicht genannt:

– Zugang zu den zentralasiatischen Rohstoffen und entsprechende militärstrategische Stützpunkte sowie

– die Bewährung der NATO als weltweit intervenierendes Militärbündnis des Westens in Zeiten der Globalisierung.

Müllers sind mehr an Kooperation als an Pipelines und Kriegsbündnissen interessiert

Während die NATO-Staaten Kanada und die Niederlande bereits für 2010/11 den Abzug ihrer Truppen angekündigt haben, hält die Bundesregierung eisern an dem Kriegsbündnis fest. Nicht wegen Afghanistan, sondern weil Berlin sich als wichtiger EU-Militärpfeiler zu der führenden NATO-Macht USA profilieren möchte. Deshalb setzt auch die Bundesregierung weiter auf militärischen Sieg und lässt sich nicht auf einen Friedensdialog mit dem afghanischen Widerstand ein. Der „feige Guerilla-Krieg“ und das „mutige“ und höchst ehrbare Ermorden über High-Tech-Drohnen und so weiter von tausenden Zivilisten geht also weiter.

Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe.

Diesem Ziel ist nur näher zu kommen, wenn die ausländischen Truppen abgezogen werden. Der Rückzug der Bundeswehr verbunden mit weitreichenden Angeboten zum zivilen Aufbau und zum Dialog auch mit dem Widerstand ist das Gebot der Stunde. Er könnte ein Einstieg in den Ausstieg sein.

Berlin scheint noch immer zu denken, es könne gegen eine breite Mehrheit der Bevölkerung seine Kriegspolitik weiter voran treiben.

Die deutsche Friedensbewegung setzt dagegen „Friedenspolitik statt Krieg“.

Sie hat detaillierte Pläne hierfür ausgearbeitet (s. Monitoring-Projekt Dossier IV, Der Afghanistan-Konflikt, Hg.: Kooperation für den Frieden, Bonn 2008, 2. Aufl. 2009, www.koop-frieden.de/, Tel. 0228-692904) und arbeitet eng mit der afghanischen Friedens-Jirga zusammen, die die gleichen Ziele anstrebt.

Wir erinnern an die höchst aktuelle Forderung Bertha von Suttners: „Die Waffen nieder!“

Wir fordern: „Make peace, not war.“

Wir sind sicher: „Friedenspolitik ist möglich.“

Andreas Buro

SPENDENAUFTRUF 2009

Liebe Freundinnen und Freunde des Komitees!

Diesen INFORMATIONEN liegt unser herbstlicher Spendenauftrag bei. Zum Jahresende klafft im Haushalt immer eine große Lücke, die nur mit Hilfe Ihrer Solidarität gestopft werden kann. So hoffen wir erneut auf Ihre Spende zum Jahresausgang, damit wir zuversichtlich ins aufgabenreiche 2010 starten können. Die Spendenquittungen verschicken wir Ende Januar 2010 als Sammelquittungen für alle Beiträge und Spenden.

Fördermitgliedschaften

Auf der Rückseite des Spendenauftrages finden Sie das Formular für die Erklärung einer Fördermitgliedschaft. Werden Sie oder werben Sie Fördermitglieder! Alle Fördermitglieder erhalten sämtliche Komitee-Publikationen gratis. Regelmäßige Förderbeiträge helfen uns bei der längerfristigen Finanzkalkulation. Gerne schicken wir auch kleine „Informationspakete“ für Interessenten – Ihnen zum Weiterleiten oder an Adressen, die Sie uns nennen.

Zinslose Darlehen

Um unsere leicht marode Finanzlage etwas aufzubessern, bieten wir an, dem Komitee höhere Beträge ab 5.000,- Euro als zinslose Darlehen zur Verfügung zu stellen. Das Komitee erhält dann die Zinsen dieser Darlehen (wegen der Gemeinnützigkeit ohne Zinsabschlagsteuern). Sie können das Darlehen mit ¼-jährlicher Kündigungsfrist jederzeit zurückerhalten. Für Darlehen und Zinsen können keine Spendenquittungen ausgestellt werden. Das Darlehen kann natürlich (auch in Teilbeträgen bzgl. Absetzbarkeit) als Spende umgewidmet werden; für diese Beiträge würden Sie dann wiederum eine Spendenquittung erhalten. Fordern Sie bei Interesse unser Muster-Formular „Darlehensvertrag“ an.

Martin Singe



Das würdige Grundgesetz und seine Fäulnis:

– 60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland –

Man kann die BRD eine repräsentative Demokratie nennen und sie damit etikettieren. Dann scheint alles gut zu sein. Denn in ihr werden regelmäßig allgemeine Wahlen abgehalten. Sie besitzt ein Mehrparteiensystem. Sie ist das, was man gewöhnlich unter einem Rechtsstaat versteht.

Ein politisches System, in dem alles durch formal beschlossene Gesetze geschieht. Die politische Exekutive ist rechts- und gesetzgebunden. Der Eckstein allen Rechts ist Eigentum und Besitz. Das wurde in diesem Jahr entsprechend gefeiert. Mit Demokratie oder gar Menschenrechten muss ein solch politisches System dennoch nichts zu tun haben. Einen lückenhaften Überblick über Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Grundgesetzes, wie es in der Bundesrepublik Deutschland in Institutionen und Politik verwirklicht worden ist und noch wird, bietet ein von Wolf-Dieter Narr verfasstes und auf der website des Komitee für Grundrechte und Demokratie veröffentlichter Text. Der Artikel stimmte im Mai diesen Jahres auf die Grundgesetzklausur des Arbeitsausschusses ein. In einer geringfügig redaktionellen Bearbeitung stellen wir diesen Text nun allen Interessierten auf unserer Homepage zur Verfügung. Der 44-seitige Text kann gegen einen Unkostenbeitrag von 5,- € auch im Sekretariat als Papierausdruck angefordert werden.

Ferien vom Krieg 2009 mit 500 Teilnehmenden

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ ist im sechzehnten Jahr mit ca. 500 TeilnehmerInnen und einem Spendenaufkommen von über 300.000 € wieder ein großer Erfolg gewesen. Erfolg ist in diesem Zusammenhang allerdings ein schwieriger Begriff, denn unser Hauptziel für den vergangenen Sommer, Kinder aus Gaza nach den verheerenden Bombardierungen zur Erholung (z.B. nach Ägypten) einzuladen, ist uns wegen der anhaltenden Blockade des Gazastreifens durch die israelische Politik nicht gelungen.

Unsere Befürchtungen zu Beginn des Jahres, „dass die zarten Ansätze zur Aussöhnung zwischen jungen Israeli und Palästinensern von den Machthabern im Blut ertränkt werden“, hat sich insofern nicht bestätigt, als es mehr BewerberInnen für die Dialogseminare gab als je zuvor. Allerdings blieben einige unversöhnlich bis zum Schluss. Die meisten TeilnehmerInnen von beiden Seiten sind aber davon überzeugt, eine einzigartige Friedensmission zu erfüllen. Für uns war erstaunlich, dass gerade in einer Untergruppe des Frauenseminars die Fronten verfestigt blieben. Wir werden die Gründe für den unterschiedlichen Prozessverlauf in der Broschüre, die im Frühjahr erscheinen wird, zu ergründen versuchen.

Auf dem Balkan fanden vier verschiedene Freizeiten statt.

Zum ersten Mal fuhr eine Gruppe aus Südserbien, Mazedonien und dem Kosovo nach Albanien. Sie lernten - trotz des babylonischen Sprachgewirrs - den toleranten Umgang mit den jeweils anderen. Das Hotel ermöglichte ihnen, die



besten Seiten der Unterschiede kennen zu lernen: Es gab vier verschiedene Büfets mit Spezialitäten aus Serbien, Mazedonien, dem Kosovo und der Roma-Küche.

In Neum, der bosnischen Enklave am Mittelmeer, fanden wieder zwei Freizeiten für ca. 200 TeilnehmerInnen aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien statt.

Einige Jugendliche aus der noch immer zwischen Kroaten und Bosniaken geteilten Stadt Gornij Vakuf/Uskoplje hatten einen Film über „die Linie“ in ihrer Stadt gedreht, in dem Menschen, die den Krieg erlebt haben, berichten. Sie zeigten den Film und planten, nach ihrer Rückkehr mit den in Neum bemalten T-Shirts einen Friedensmarsch durch ihre Stadt zu veranstalten. Darauf beschloss die gesamte Gruppe, diesen Protest zu unterstützen, und am Ende der Freizeit fuhr eine Gruppe von insgesamt 100 Personen, nach Gornij Vakuf/Uskoplje. Sie trugen alle T-Shirts mit dem Slogan: „Verschieden? Na und!“ und erregten großes Aufsehen auf beiden Seiten der „Linie“.

Die Freizeit für 60 besonders aktive TeilnehmerInnen der Vorjahre fand in Tuzla statt, wo sie an Infoständen in der Stadt und bei einem Rockfestival auf die Ziele ihres Treffens aufmerksam machten. Allen unseren SpenderInnen ganz herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Helga Dieter, Brigitte Klass

Roland Roth,

Glückwunsch ihm und uns zu den gewonnenen Jahren!

Gerade wurde in deutschen Landen, so auch in Magdeburg trotz nachlassender Handballkunst, das Wintersemester eröffnet. Wer las da nicht vor und bot ein spannend aufbereitetes Seminarthema an? Roland Roth. Wenig zuvor hatte sich am 15. August sein 60. Jahr gerundet. Als stünde er seit Babyzeiten fest auf dem Boden der fdGO, die kontinuierlich unwest, obwohl die am Seminar vergebens Teilnehmenden kaum noch gewusst hätten, was das ist: „fdGO“. Im 60jährigen GG als Formel enthalten, vom Verfassungsschutz und Bundesverfassungsgericht früh im Doppelpass als verkürzte grundgesetzliche Formelinsammlung ausgrenzend zugespitzt.

Glücklicher Weise war es nicht die gefährdete physische Integrität, die Roland daran hinderte, Studierende durch seinen kritischen Elan und sein radikaldemokratisch fundiertes, Kenner- und Könnerschaft belegendes Engagement zu motivieren und als ganze Person zu überzeugen. Die weiß und tut, was sie sagt. Der innovatorisch verdummende Bolognaprozess und seine in Substanz und Form emanzipationsgerichtete LehrLernprozesse vollends aushöhlenden Folgen sind es, die Roland, sonst alles andere als Mitglied dieser Art von sozial abgestandener Gattung, Frühpensionär (!), sein staatstörricht ausgewrungenes Lehrhandtuch werfen ließ.

Glücklicher Weise zum zweiten Mal bleibt Roland als homo activus in analytisch begründeter, sozialwis-



senschaftlich fundierter Orientierung mehr denn je präsent. Das tut er ebenso als einer, der den Wind und den Schweiß sozialer Aktionen nicht scheut, überall dringender denn je erforderlich inmitten der Wüstenei repräsentativer Aufgaben – und Demokratieversäumens.

Als jemand, der sich früh, blutung, wie man so sagt, im Sozialistischen Büro herumtrieb, in „links“ Artikel schleifend und schreibend, als einer, der das Komitee mit gründete - vor dreißig Jahren wurden die fötalen Anfänge gebildet -, als ein Forscher und Radikaldemokrat, dem es immer auf die bürgerlichen Regungen und Bewegungen, die kritisch-konstruktiven Aktivitäten von „unten“ ankam, gegen alle Stellverte-

terpolitik, weiß Roland zu gegebener Zeit die neunmal klugen kritischen Kritiker zu widerlegen, die sich faul und pseudoreflexiv aufs Kanapee der Resignation legen. Als bewegt bewegender „Bewegungsforscher“, wenn's denn einen gibt, weiß Roland immer, dass selbst die ausufernde Sicherheitskrake staatlicher Politik heute, die ansonsten nur so tut, als löste sie und verschärfte sie nicht noch die gegebenen Ungleichheiten -, dass, sage ich, diese uns alle lähmenden und dissoziierenden Kontrollen dennoch und immer erneut auf Gegenkräfte treffen. Sie entfesseln Gegenkräfte. Sie vermögen keinen toten Herrschafts„frieden“ zu schaffen.

Wohlan denn. Roland, Dir alle Lust, die gewonnenen Jahre witzig, spritzig und mit herbstlich bunter Ausbeute zu nutzen (samt zwei herrlich heranwachsenden Söhnen). Und uns allen, uns Komiteelerinnen und Komiteelern zuerst, aber nicht nur die lange, zum dritten Mal sei's gesagt, glücklich vorhandene Chance, mit Dir in widerspenstigsten Gefilden gegen herrschende Abstraktionen wahrhaft mehr Demokratie zu wagen. Mit Dir Doppel- und Mehrfachpass zu spielen, machte und macht politische Leidenschaft zum frohen Gewinn.

Wolf-Dieter Narr



Die eGK kommt und geht und ...

Die elektronische Gesundheitskarte sollte das deutsche Gesundheitswesen fit für das 21. Jahrhundert machen. Nun ist sie einerseits am 1. Oktober 2009 sehr symbolisch und begleitet von einer verdummenden Öffentlichkeitsarbeit nach dem Prinzip des Akzeptanzmanagements in der Region Nordrhein eingeführt worden. Andererseits berichten die ersten Zeitungen, dass die Parteien sich in den noch andauernden Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt hätten, das Projekt vorerst zu stoppen, um das milliarden-teure Projekt zu überprüfen.

Tatsächlich ist schon lange davon die Rede, dass das Projekt erst 2011 so richtig starten können wird. Technische Probleme, aber zunehmend auch die Proteste der Ärzte stehen dem Projekt im Weg. In der Pilotregion Nordrhein haben trotz aller Köderversuche durch die Kassen erst gut ein Drittel der Ärzte die notwendigen Lesegeräte angeschafft.

Wir haben immer betont, dass die „kleine schlaue Karte“ für den Umbau des Gesundheitssystems zu einem Kontrollsystem steht und die Ökonomisierung des Gesundheitssektors befördern soll. Wenn sie jetzt auf Eis gelegt wird, so verschafft uns das wieder einen größeren Zeitraum, unsere Kritik vorzubringen und über dieses Gesundheitssystem, seine Veränderungen und den Umgang mit unseren Gesundheitsdaten zu diskutieren. Ursprünglich hatte die Karte ja im Januar 2006 eingeführt werden sollen. Im Herbst 2005 hatte sich – vermeintlich viel zu spät - unsere AG Gesundheit gebildet und viel zur Diskussion um die eGK beigetragen.

Den Behauptungen zu Freiwilligkeit und Datenschutz, die den Bürgern und Bürgerinnen vom Bundesgesundheitsministerium und den Betreibern der Technik in ihrem „Akzeptanzmanagement“ immer wieder aufgetischt werden, ist zu widersprechen. Jeder Arztbesuch wird schon eine Menge Datenspuren



© Gottfried Müller

hinterlassen. Wenn sich ein Arzt einloggt, wenn die Daten der elektronischen Gesundheitskarte eines Patienten mit den Daten bei der Krankenkasse online abgeglichen werden, wenn ein Patient mit seiner eGK die Apotheke betritt und seine Karte einlesen lässt – jedes Mal entstehen Datenspuren. Die teure und aufwendige Technik wird sich erst dann lohnen, wenn möglichst viele Gesundheitsdaten von Patienten zentral zugänglich gespeichert sind. Interesse an diesen Daten haben viele Organisationen und Institutionen. Die Freiwilligkeit der Datenspeicherung wird sich leicht aushebeln lassen, notfalls kann das Gesetz geändert werden. Der kranke Patient ist sowieso überfordert, wenn er sich statt um seine Gesundheit um die Art der Speicherung seiner Daten kümmern soll.

Wir haben also Zeit gewonnen, die Kritik in die Regionen zu tragen. Vor allem die Betriebskrankenkassen haben begonnen, Fotos von den Versicherten anzufordern. Wir fordern weiterhin auf, aus Protest gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte die Abgabe des Fotos zu verweigern. Die Kassen haben keine rechtlichen Möglichkeiten, diese einzufordern, wie sie teilweise inzwischen selbst zugeben. Die Frankfurter Rundschau berichtete, Ulf Göres, Sprecher der BKK (Betriebskrankenkassen) und ihrer Landesverbände, informierte, dass die meisten BKK die Foto-Verweigerer noch respektierten und entsprechende Mitglieder „in die Warte-

schleife“ legten. Doch irgendwann sei die Gültigkeit der alten Karte abgelaufen - was dann geschehe, sei nicht hinreichend geklärt. Da fehle die gesetzliche Regelung.

Argumente gegen die eGK haben wir in unserem Flugblatt „Nein zum Umbau des Gesundheitssystems zu einem Kontrollsystem“ – das gerne im Kölner Sekretariat bestellt werden kann – zusammengetragen (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/47>). Für die Kampagne „Stoppt die E-Card“ hat eine Rechtsanwältin Musterschreiben für Widerspruch und Klage beim Sozialgericht verfasst (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>), die zwar nicht die eGK thematisieren, aber einen juristischen Weg des Protestes gegen die Ausweiskfunktion eröffnen. (Diese Schreiben können ebenfalls auch im Kölner Sekretariat bestellt werden.)

Elke Steven

Spendenkonto
Komitee für
Grundrechte und
Demokratie
Volksbank Odenwald
Konto 8 024 618
BLZ 508 635 13